

GT 18.2.16

Kein Vertrauen in Windstille

ENERGIE CDU-Kandidat Kievel erinnert in Sachen Windkraft an die Bürgerbefragung von 2013

LINSENGERICHT (oh/red). Das Thema Windkraft in Linsengericht ist seit der nicht bindenden Bürgerbefragung im September 2013 kein akutes Thema mehr. Damals hatten alle Parteien signalisiert, sich an das Votum der Mehrheit zu halten, die klar die Errichtung von Windkraftanlagen abgelehnt hatte.

Die Pläne für die Errichtung von Windrädern auf dem Franzosenköpfliegen seitdem auf Eis. Die CDU Linsengericht, in Person von Kandidat Markus Kievel, traut dem Frieden allerdings nicht so ganz: „Eigentlich würde es doch nahe liegen, wenn alle Parteien in der Gemeindevertretung von Linsengericht an einem Strang ziehen und das Thema Windkraft auf Linsengerichter Gemeindegebiet ein für allemal begraben würden. Darüber hinaus wäre es konsequent, wenn man alle politischen und juristischen Mittel einsetze, um den Bau von Anlagen auf Biebergemünder Seite oder der bayerischen Seite zu verhindern“, findet Kievel. Die Kreis-Grünen hätten sich in ihrem Programm für eine Bürgerbeteiligung und eine frühzeitige Informationspflicht bei allen größeren Projekten ausgesprochen. Im klaren Widerspruch sieht Kievel das Handeln der Grünen in Linsengericht. Im Wahlprogramm stehe, dass man an den Windkraftplänen festhalten wolle. „Steht hier die eigene Ideologie doch vor dem Bürgerwillen der Linsengerichter?“

Von der SPD vermisste er ein „klares Statement zum Thema Windkraft“

oder wolle man in der Linsengerichter SPD das Thema Windkraft im angrenzenden Gerichtswald bis nach der Kommunalwahl totschweigen? Aber auch in der Vergangenheit habe die SPD gezeigt, dass man den Bau von Windrädern über Linsengericht nicht verhindern wolle. Beispiel hierfür sei

Kommunalwahl

am 6. März 2016

zeigt, denn die von der SPD geführte Mehrheit in der Gemeindevertretung habe den Antrag der CDU abgeschmettert, seitens der Gemeinde eine Stellungnahme an das Regierungspräsidium abzugeben. „Die einzige Partei, die klar Stellung gegen den Bau von Windrädern im Gerichtswald bezieht, ist die CDU Linsengericht“, wirbt der Kandidat. Hier sage man ganz klar, dass man alle politischen und auch juristischen Mittel in Zukunft einsetzen wolle, um den Bau von Windrädern über Eiden gesäß zu verhindern. Anscheinend scheut man hier keinen Konflikt „mit dem SPD-Landrat oder der CDU-geführten Landesregierung“.

Rot-grüne Reaktionen

Für die Linsengerichter SPD ist das aber alles offenbar kein Thema mehr. Die Vorwürfe seien „aus der Luft ge-

griffen“, erklärt SPD-Gemeindevertretungskandidat und derzeitiger Parlamentsvorsteher Bernd Gerhold gegenüber dem GT. „Wir hatten die Bürgerbefragung, wir haben gesagt, dass wir uns daran halten und danach verfahren wir. Nur weil wir damals keine Stellungnahme wegen Biebergemünd abgegeben haben, suggeriert man, dass wir da durch die Hintertür doch noch etwas drehen wollten. Das Thema ist rum und das wird akzeptiert“, so Gerhold. Gunther Schilling von den Linsengerichter Grünen betonte, dass seine Partei prinzipiell für erneuerbare Energien stehe, man der Energiewende verpflichtet sei und auch dem Thema Windkraft offen gegenüber stehe, dass man aber das Votum der Bürger von 2013 selbstverständlich akzeptiere. „Die CDU hat richtigerweise eine Bürgerbefragung ins Spiel gebracht und

wir haben diese Idee unterstützt“, so Schilling. In der Tat spreche nach den Ergebnissen der avifaunistischen Gutachten „viele gegen Anlagen auf dem Franzosenköpfliegen und dem Galgenberg auf Biebergemünder Seite, auch, da dort eine Flugschneise der Mopsfledermaus entdeckt wurde“. Hinsichtlich potenzieller Standorte sei eine „Gesamtschau auf den Kreis“ wichtig. „Wir werden die Entwicklungen in Bayern und im Kreis weiter genau beobachten“, so Schilling.

